

Berlin

Rechte Hetze gegen Moscheebau

Bürgermeisterin Thiemen: Verdrehung von Fakten

CHARLOTTENBURG. Mit Postwurfsendungen und Aufrufen im Internet macht die Bürgerbewegung "Pro Deutschland" gegen eine "Groß-Moschee" mobil, für deren Bau der Bezirk bereits grünes Licht gegeben haben soll. Mit einer Unterschriftensammlung will "Pro Deutschland" erreichen, dass das Projekt des muslimischen Vereins Inssan abgelehnt wird. Inssan bemüht sich, wie berichtet, um ein Gewerbegrundstück an der Kerp-lerstraße. Dort will der Verein zunächst zwei Etagen in einem Fabrikgebäude nutzen.

Der Bundesvorsitzende von "Pro Deutschland", Manfred Rouhs, will mit dieser Aktion auch kommunalpolitisch punkten: 2011 wolle die Bürgerbewegung auch in Berlin die fünf Prozent-Hürde überwinden, hatte Rouhs im März zum Start einer Kampagne in der Bundeshauptstadt erklärt. In Köln ist Rouhs mit der Initiative "Pro Köln" in den Stadtrat eingezogen, der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beobachtet diese wegen des Verdachts des Rechtsextremismus. "Pro Köln" wurde durch Proteste gegen einen Moscheebau in Köln-Ehrenfeld bekannt.

Monika Thiemen (SPD), Bürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, sagt, die Bürgerbewegung verdrehe bewusst die Fakten. Inssan wolle ein Kulturzentrum errichten, frühestens 2009/10 eine Moschee bauen: "Noch gibt es nur eine Voranfrage, das Gelände wurde noch nicht gekauft." Der Bezirk habe nichts gegen den Bau von Moscheen: "Das gehört zur Religionsfreiheit." Thiemen verweist darauf, dass in Wilmersdorf Deutschlands älteste Moschee steht, erbaut in den 1920er-Jahren. (el.)

Berliner Zeitung, 17.10.2007

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)